

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1921

20.5.1921 (No. 115)

Expedition:
Karlsruher
Str. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postfach
Karlsruhe
Nr. 3515.

Karlsruher Zeitung
Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich:
Haupt-
schrift-
leiter
C. A. m. d.
Druck
und Verlag:
G. Braun'sche
Hofbuch-
druckerei, beide
in Karlsruhe.

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert vierteljährlich 18.40 M.; — Einzelnummer 25 P. — Anzeigengebühr: die 1. Mal gepaltene Zeile oder deren Raum 90 P. Briefe und ...

Die Entstaatlichung der württembergischen Hüttenwerke.

Aus Stuttgart erhält die Reichskorrespondenz Nord-Süd die folgenden Ausführungen ihres dortigen Mitarbeiters:

Das Land Württemberg hat schon weit zurück verschiedene eigene industrielle Werke in der Eisenindustrie betrieben. Es liegen in der schwäbischen Alb allerlei Mineralvorkommen, die ja nach den Zeitaltern mehr oder weniger wertvoll und wichtig erschienen, die aber immerhin seit vielen Jahrzehnten einen eigenen staatlichen Hüttenbetrieb in Wasseralfingen hervorriefen, dem sich dann hier und da im Lande noch allerlei bearbeitende Betriebe anschlossen.

Das mochte vor dem Krieg und selbst noch während des Krieges noch einigermaßen gehen; aber heute, bei der finanziellen Überlastung des Staates und der riefenden Konkurrenz großer Konzerne in der Montanindustrie müssen die Werke erliegen, wenn sie nicht Anschluss und Eingliederung an die neue Wirtschaftsgestaltung suchen.

Die Regierung hat den Weg der Verpachtung an eine neu zu gründende Gesellschaft 'Schwäbische Hüttenwerke, G. m. b. H.' vorgeschlagen und vom Landtag nunmehr die Zustimmung dazu erhalten. Das Land ist an dem Stammkapital von 10 000 000 M. mit der Hälfte beteiligt, die andere Hälfte legt als einziger Partner die Gutehoffnungshütte in Oberhausen a. Rh. ein, mit der die Hüttenwerke schon bisher in engem und angenehmem geschäftlichen Verkehr standen, und die mit ihren weitverzweigten Unternehmungen sowohl als Absatzgebiet für die Erzeugnisse der neuen Gesellschaft, wie insbesondere auch hinsichtlich der Kohlenversorgung die besten Garantien bietet.

Die Sozialdemokratie war der Meinung, man hätte versuchen sollen, entweder mit den Deutschen Werken des Reiches oder mit staatlichen Betrieben anderer Länder einen Konzern zu bilden, um nicht das Privatkapital heranziehen zu müssen, gegen das von ihrem Standpunkt aus in erster Linie starke grundsätzliche Bedenken geltend gemacht würden.

gewiesen ist. Ein Vertreter der Kommunisten stellte im Sinne eines Vorwurfs und einer Anklage fest, was für die Regierung eher eine Anerkennung bedeutet, daß nämlich dieser Schritt dazu beiträgt, den Anteil Württembergs an der Erfüllung des Friedensvertrages besser tragen zu können.

Die eisenerzeugende Industrie im Jahre 1920.

Eine der Produktion entgegengesetzte Richtung nahm die Kurve der Nachfrage.

Auf dem Auslands- wie auf dem Inlandsmarkte war im ersten Jahresviertel, der Zeit der allgemeinen Materialknappheit, die Nachfrage gerabegut kümmerlich. Wieviel davon auf einem tatsächlichen Bedarf fußte, wie viel Angst- oder Spekulationskäufen diente, oder auf andere Motive, wie etwa der sogenannten Flucht vor der Mark oder Steuerfurcht, zurückzuführen sind, ist kaum mit einiger Bestimmtheit zu sagen.

Auch die Werke selbst bezogen in zunehmendem Maße den Auslandsmarkt wegen der dort winkenden größeren Gewinne, zum Teil freilich auch, weil sie sich genötigt sahen, ihre erheblichen Auslandsschulden abzulösen.

Das Mißverhältnis zwischen Angebot und Nachfrage, das durch den Ausfall der Erzeugung des durch neue Zollstrafen vom übrigen Deutschland abgetrennten Saargebietes auf dem deutschen Markte verschärft wurde, und die Spanne zwischen Inlands- und Auslandspreis wirkte sich in Preisforderungen der Werke auch auf dem Inlandsmarkte aus, die weit über das Maß hinausgingen, welches sich mit der zweifelslos sehr erheblichen Steigerung der Selbstkosten begründen ließ.

Durch behördliche Maßnahmen wurde freilich schon Ende 1919 versucht den Abfluß von Eisen ins Ausland in Bahnen zu lenken, die der gefährdeten Deckung des Inlandsbedarfes Rechnung trug.

Erst Ende März wurde das Loch im Westen geschlossen. Etwa zu gleicher Zeit, am 1. April 1920, wurde dann die Regelung der Ein- und Ausfuhr der Außenhandelsstelle für Zentralfürsorge in Düsseldorf übertragen, der die bisherigen Zentralfürsorge als Prüfungsstellen angegliedert wurden.

Am den gerüttelten inländischen Eisenmarkt und die Versorgung des Inlandsbedarfes wieder in geordnete Bahnen zu lenken wurde am 1. April 1920 die Verordnung zur Regelung der Eisenwirtschaft (Reichsgesetzblatt S. 435 ff.) erlassen, nach dem Versuche, auf dem Verhandlungswege mit der Eisen er-

zeugenden Industrie zu dem gleichen Ziele zu gelangen, gescheitert waren und die bestehenden Verbände der Aufhebung zu verfallen drohten. Durch diese Verordnung wurde die Bewirtschaftung von Roheisen, Stahl und Walzwerkserzeugnissen einschließlich der Ein- und Ausfuhr nach gemeinwirtschaftlichen Grundsätzen einem Selbstverwaltungskörper, dem 'Eisenwirtschaftsbund' übertragen, dessen Organe unter partizipativer Beteiligung der Arbeitgeber und Arbeitnehmer aus den Kreisen der Erzeuger, Händler und Verbraucher gebildet sind.

Zunächst setzte mit dem Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser behördlichen Eingriffe ein völliger Umschwung auf dem Eisenmarkte ein. Daß ihre Wirksamkeit sehr wesentlich durch die natürliche Entwicklung der Wirtschaftslage unterstützt wurde, steht außer Zweifel; dazu kam das verständnisvolle Eingehen eines einsichtigen Unternehmertums auf die laut werdenden Wünsche und Bedürfnisse der Händler und Verbraucher, die sich gegenüber den Verbänden der Erzeuger jetzt erstmalig auf ein gesellig begründetes Recht stützen konnten, in Preis- und Bedarfsbedingungsfragen gehört zu werden.

Jedenfalls hatte der von den gesetzgebenden Körperschaften beauftragte, dem Treiben auf dem Eisenmarkte nicht müßig zuzusehen, den ungewissen Erfolg, daß sich zunächst die sich hier breit machenden Gelegenheitshändler zurückzogen. Die zeitliche Begrenzung schon der ersten Preisfestsetzung und der beginnende Preisabbau setzten weiter dem Glauben an die Beständigkeit der bisherigen Marktlage stark zu und veranlaßten den legitimen Handel und den Inlandsverbrauch, die an der Grenze ihrer Kaufkraft angelangt waren, sich auf die Deckung des tatsächlich vorhandenen Bedarfs zu beschränken.

Um die gleiche Zeit ließ die Saugkraft des Auslandsmarktes merklich nach. Nicht nur, daß auch hier eine starke Zurückhaltung der Käufer eingetreten war, nachdem dort der belgische Wettbewerb mit Unterbietungen eingeseht und die Hoffnung auf weitere Preisrückgänge geweckt hatte, infolge der wesentlichen Verringerung des Marktwertes hatten Ende Mai auch die deutschen Eisenpreise die Weltmarktpreise zum Teil erreicht — in einzelnen Sorten sogar überschritten und statt neuer Aufträge kam es zu Aufbestellungen in größerem Umfang. Die Werke sahen sich daher genötigt, sich in verstärktem Maße dem Inlandsmarkte zuzuwenden und gingen daran, ihre alten Inlandsaufträge auszuliefern.

Die Angleichung von Nachfrage und Erzeugung im Inlande war Ende Juli, zum Teil durch Steigerung der Produktion, mehr aber noch durch Zurückführung der Nachfrage auf das wirtschaftlich begründete Maß vollzogen. Die Konjunktur des ersten Jahresviertels war zum Vorteil des gesamten deutschen Wirtschaftslebens unter rechtzeitigem und langsamem Preisabbau abgelebt und ein Überschießen der Konjunktur mit Preisstürzen und Erschütterungen, wie sie später über Amerika, England, Belgien und Frankreich herein gebrochen sind, blieb daher dem deutschen Wirtschaftsleben erspart.

Im letzten Halbjahr 1920 mietete die Nachfrage auf dem Inlandsmarkte, abgesehen von einem leichten Aufflackern im November in zunehmendem Maße ab, weil die weiterverarbeitende Industrie zwar durch Wiederaufknüpfung ihrer Überseeverbindungen und dem erneuten Rückgang des Marktwertes über ausreichende Auslandsaufträge verfügte, aber sie infolge des Kohlenmangels nicht zur Ausführung bringen konnte. Auch der Inlandsmarkt war durch eine starke Zurückhaltung der Verbraucher gekennzeichnet und konnte auch durch die Preisherabsetzungen vom 1. August und 1. November nicht erheblich angeregt werden.

Die Preisfestsetzungen des Eisenwirtschaftsbundes hinausging.

Politische Neuigkeiten.

Der Reichskanzler zur politischen Lage.

Reichskanzler Dr. Brüning hat dem Chefredakteur der „Germania“ über die in Aussicht genommene Politik der neuen Regierung bemerkenswerte Mitteilungen gemacht, die wir im nachstehenden nach dem genannten Blatte wiedergehen:

„Sie haben in Ihrer Zeitung in den letzten Wochen häufig den Gang der Reichspolitik mit kritischen Bemerkungen begleitet. Jede Kritik ist erträglich, sofern sie das Gesamtwohl des Reiches ins Auge faßt. Wenn Sie also Lust haben, die Reichspolitik auch weiterhin zu kritisieren, so tun Sie es, aber beachten Sie, daß Ihre menschlich ist und daß das Wesen der Politik darin besteht, daß man vorausschauend hat und dabei naturgemäß ein gewisses Risiko läuft.“

„Sie wollen also wissen, was die neue Regierung tun wird? Ich weiß, daß die Presse gern ein Programm von neuen Regierungsmännern entgegennimmt. Programme sind Leitfäden, über die sich die Meinungen setzen. Die neue Reichsregierung hat bei ihrem Amtsantritt ein Programm im Sinne einer Doktorarbeit nicht zur Hand gehabt. In keiner Schublade eines Ministeriums war für den Fall des Ultimatums eine hundertfältige Arbeit vorhanden, nur das Ultimatum selbst lag vor. Zu erörtern, wie es dazu kommen mußte, scheint mir zur Stunde eine müßige Frage. Die Geschichte mag später einmal den Gang der Ereignisse kritisch nachprüfen.“

„Ich habe sowohl meiner Fraktion wie den berufenen politischen Faktoren geraten, das Ultimatum anzunehmen. Mir fiel die Kabinettsbildung zu. Sie ist in wenigen Stunden durchzuführen gewesen und schließlich gelungen unter dem wesentlichen Gesichtspunkt, daß auch eine zweite bürgerliche Partei an der Regierung teilnimmt. Diese Regierung hatte das Jawort durch meine Erklärung zum Ausdruck gebracht. Es war ein schwerer Schritt. Die Mehrheit des Reichstages hat ihn gebilligt und das deutsche Volk hat ihn, daß bin ich sicher, in seiner überwiegenden Mehrheit verstanden. Stimmen aus Süd und Nord weisen übereinstimmend darauf hin, daß der große Schritt des Jawortes auf der tragfähigen Grundlage der Zustimmung des deutschen Volkes beruht.“

„Was bedeutet nun das Jawort? Es soll nicht nur ein Wort sein, das im Wind verhallt, sondern hinter dieses Wort sehen wir den festen Willen, durch Leistungen sowohl in der Frage der Entlohnung wie auf finanziellen Gebiet der Welt zu zeigen, daß wir, was in Menschenkräften steht, aufbieten, die Welt vom guten und festen Willen Deutschlands zur Erfüllung der auferlegten Verpflichtungen zu überzeugen.“

„Werden Sie, Herr Reichskanzler, so frage der Chefredakteur der „Germania“ mit besonderem Nachdruck, dahin wirken, daß Sie erst mit den Terminen, die das Ultimatum setzt, die verlangten Leistungen getätigt werden, so daß erst in letzter Minute die entstandene politische Spannung jeweils wieder ihre Lösung finden wird?“

„Wenn Sie das etwa annehmen, antwortete der Reichskanzler, dann verkennen Sie meine Auffassung von der politischen Erfordernissen unserer Zeit. Beachten Sie bitte, daß die neue Reichsregierung den Entschluß zum Jawort am Tage vor dem Ablauf des Ultimatums gefaßt hat. Ich habe mit besonderem Nachdruck darauf hingearbeitet, daß nicht erst in letzter Stunde, wo technische Schwierigkeiten eintraten können, die politische Entscheidung fallen solle. Man darf es meines Erachtens bei politischen Entscheidungen nie auf die letzte Minute ankommen lassen. Vorausschauend ist doch das ABC jeder Politik.“

„Also wir haben Ja gesagt. Es war ein aufrichtiges, ehrliches Ja. Wir knüpfen daran keine Bedingung im Sinne von formalen Konstruktionen, die die Aufrichtigkeit des Ja einschränken könnten. Ich spreche also nicht von Bedingungen. Ich werde auch, was in meinen Kräften steht, dahin wirken, daß Entlohnung und Leistungen an Sachgütern wie an Geld alsbald getätigt werden und hoffe, daß bereits in der nächsten Woche Befragungen erfolgen können, die den Alliierten zeigen, daß wir nicht mit Worten spielen, sondern daß wir zu Taten, was in unseren Kräften steht, bereit sind. Unser Ja hat, so glaube ich, zu einer großen Entspannung der internationalen Lage geführt. Ich hoffe, daß baldige Leistungen auch auf dem Gebiet der Entlohnung diese Entspannung vollenden werden. So Gott will, wird man bald sagen können in der Welt: Legt die Flinten weg u. kehrt alle zum Pflug und zum Amboss zurück.“

Die oberschlesische Frage und ihre gerechte Lösung, meinte der Reichskanzler, auf dieses heute besonders interessierende Thema eingehend, ist nicht nur eine Frage für Deutschlands Wohlfahrt, sondern sie ist eine entscheidende Frage für das Schicksal ganz Mitteleuropas. Man sollte meinen, auch die Polen hätten für die Lösung dieser Frage Verständnis. Da ist allerdings die Hoffnung, soweit ich sehen kann, zurzeit noch sehr gering. Das deutsche Volk kann sich, wenn auch schmerzhaft bewegt, damit abfinden, daß unter den Grundgesetzen und Garantien des Friedensvertrages von Versailles unter gerechter Würdigung des Plebiszits die oberschlesische Frage von den Alliierten durch Schiedsgericht geregelt wird. Niemand aber wird sich das deutsche Volk der Diktatur polnischer Injurgenz beugen können. So mühte in Oberschlesien ein Gegenstand entstehen, dessen Inder Brand allmählich große Teile Europas wieder ergreifen würde. Wer einen Sinn hat für die Notwendigkeit, Europa zu beruhigen, muß die oberschlesische Frage gerecht unter Würdigung aller Umstände lösen. Das oberschlesische Volk hat gesprochen. Das Plebiszit ist der ultimative Ausdruck demokratischen Lebens in Europa. Wer darüber hinweggeht, führt ein Todesurteil in die europäische Welt ein. Wir verlangen unter allen Umständen, daß bezüglich der oberschlesischen Frage mit Deutschland ein faires Spiel getrieben wird. Zurzeit ist die Erregung der deutschen Bevölkerung eine ungeheure. Die Interalliierte Kommission ist Trägerin der Souveränität in Oberschlesien, und sie wurde, das ist das Verhängnisvolle, durch die Injurgenz in großen Teilen einfach hinweggefegt. Ehre und gerechtes Andenken den tapferen Soldaten und Offizieren der alliierten Mächte, die für Wahrung des Rechtes ihr Leben gelassen haben! Ihre Särge wurden nicht umsonst von der deutschen Bevölkerung mit Blumen und Kränzen geschmückt. Sie sind gefallen für die Aufrechterhaltung einer Rechtsordnung in Europa, wie sie die Alliierten selbst feierlich versprochen haben. Nur eine aufrichtige Anerkennung des Rechtsstandpunktes kann die entzweiten Völker einander wieder näher bringen. Ich bin überzeugt, daß die Welt die oberschlesische Frage gerecht lösen muß, wenn sie es ernst meint mit der Wiederaufrichtung einer Weltwirtschaft, die uns allein neuer Wohlfahrt entgegenführen kann.“

Eine offiziöse englische Mitteilung.

Neuer veröffentlicht eine offiziöse Mitteilung, die besagt, von gut informierter Quelle verlautet, daß der Oberste Rat wahrscheinlich am Ende der Woche zusammenkommen werde. Bezüglich der Haltung der Franzosen habe man den Eindruck, daß sie zu einer derartigen Zusammenkunft bereit seien, sobald Briand in der Kammer seine Erklärung abgegeben habe. Ein Aufschub der Zusammenkunft um einige Wochen, wie er von einigen Kreisen vorgeschlagen wurde, würde alle guten Ergebnisse, die die Konferenz zeitigen könnte, zunichte machen. Bueri und vor allen Dingen handle es sich darum, zu wissen, ob die Alliierten einmütig in ihrem Entschluß seien, den Versailles Vertrag aufrecht zu erhalten und die übernommenen Verpflichtungen unparteiisch zu respektieren. Wenn dies der Fall sei, könne, so betont die Mitteilung, in Oberschlesien die Wiederherstellung und die Ausführung des Versailles Vertrages durchgeführt werden. Es scheint jedoch wenig wahrscheinlich, daß die Zusammenkunft endgültig über die Beteilung der verschiedenen kritischen Gebiete entscheiden werde. Die Alliierten würden sich auf eine Erörterung der Frage beschränken.

Weiter wird in der Mitteilung der Entschluß der Vereinigten Staaten behauptet, wonach diese nicht in der Lage sind, an der Entscheidung über Oberschlesien teilzunehmen.

Neue Raubpläne gegen Deutschland?

Die „Chicago Tribune“ berichtet von folgendem Plan: Oberschlesien solle unabhängig gemacht werden, entweder unter der Herrschaft des Völkerverbundes wie das Saargebiet oder unter einem unmittelbaren Regime der alliierten Mächte. In Frankreich sehe man ein, daß es angeht, die gegenwärtigen Lage der Dinge fast unmöglich sei, Polen den ganzen Industriebezirk zu sichern. Es sei auch geplant, nach einer gewissen Zeit die Volksabstimmung zu wiederholen.

„Korkantops“, Rückzug.“

Aus Oppeln meldet das W.F. vom Donnerstag: Im Kreise Kreuzburg ist die Lage im wesentlichen unverändert. In den Kreisen Ratibor und Kofel verhalten die polnischen Aufwärtler das linke Oberufer zu gewinnen. Die Injurgenz

drangen in der letzten Nacht unter Maschinengewehr- und Minenfeuer gegen die Brücke bei Kreuzdorf vor. Nachdem der Angriff gescheitert war, versuchten die Aufständigen, die Brücke noch in die Luft zu sprengen, aber auch dieser Sprengungsversuch mißlang. Die polnischen Injurgenz versuchten ebenfalls ohne Erfolg bei Kofel auf dem linken Oberufer Fuß zu fassen. Stärkere Schießerei werden aus Rogau und Meisnig gemeldet. Aus dem Kreise Beuthen wird mitgeteilt, daß Injurgenz die Eisenbahnen mit polnischen Besatzungen übermalen und polnische Nummernschilder für Kraftwagen ausgeben. Bei Kattowitz ist die Lage sehr bedrohlich geworden. Heute morgen stellte eine polnische Abordnung an den Magistrat die Forderung auf Übergabe der Stadt. Diese Forderung wurde abgelehnt. Die Stimmung der Bevölkerung in Kattowitz ist sehr erregt.

Kurze polit. Nachrichten.

* Eisenbahnvergünstigungen. Wie der „Deutsche“ mitteilt, steht nunmehr fest, daß die Eisenbahnverwaltung in diesem Jahre, ähnlich wie vor dem Kriege, wieder Feriensonderzüge fahren lassen wird. Die Preise zur Benutzung dieser Züge werden auf der Einfahrt 50 Prozent betragen, so daß die Gesamtpreise für die Hin- und Rückfahrt um 25 Prozent vermindert werden. Die Eisenbahnverwaltung prüft auch weiter die Frage, ob auch für die Rückfahrt eine Ermäßigung von 50 Prozent sich ermöglichen ließe, so daß man dann die Ferienpreise für die Rückfahrt des Reiches deckte, so muß für die übernommenen Reparationsverpflichtungen noch Deduktion durch neue Steuern gesucht werden. In der Sitzung wurden Richtlinien für diese Fragen aufgestellt.

* Vorarbeiten zu neuen Steuern. Der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ zufolge fand gestern nachmittags eine Sitzung der Sachreferenten in der Reparationsfrage und im Zusammenhang damit über Steuerfragen statt. Da der bisherige Steuerertrag nur das Budget des Reiches deckte, so muß für die übernommenen Reparationsverpflichtungen noch Deduktion durch neue Steuern gesucht werden. In der Sitzung wurden Richtlinien für diese Fragen aufgestellt.

* In der französischen Kammer begann gestern die große Debatte über die Londoner Beschlüsse. Cardou und ein anderer Deputierter richteten dabei heftige Angriffe gegen Briand, weil er nicht genug durchgesetzt habe.

* Ein Appell Lord Georges an Amerika. Auf dem Bankett zu Ehren des amerikanischen Botschafters Garvey hielt Lord George eine Rede, in der er u. a. ausführte: Wenn der Krieg, den wir hinter uns haben, nicht der letzte gewesen sei, so müsse man befürchten, daß der nächste Krieg Europa in Mitleide lege. Wir wollen, erklärte Lord George, daß Amerika uns hilft, der Macht des Hasses zu entrinnen. Der amerikanische Botschafter Garvey erklärte, daß er von Präsident Harding soeben ermächtigt worden sei, an der bevorstehenden Entente-Konferenz über die oberschlesische Frage teilzunehmen.

* Rücktritt Sapiehas. Nach einer Blättermeldung aus Warschau hat der polnische Außenminister Sapieha im Laufe der Unterredung seine Demission gegeben.

Badische Uebersicht.

Badischer Landtag.

Die Tagesordnung der 40. Sitzung am Montag, den 23. Mai, nachmittags 3 Uhr, weist außer der Anzeige neuer Eingänge folgende Punkte auf:

1. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs über die Besteuerung des Eigenkapitals- und Betriebsvermögens in den Rechnungsjahren 1920/21 (Druckf. Nr. 72, 72a), Berichterstatter Abg. Freudenberg.

2. Bericht des Ausschusses für Gesuche und Beschwerden über den Antrag der Abg. Fertle u. Gen., die Unschärfenfreiheit bezüglich des Erlasses aus den an Maul- und Klauenseuche nachgeschlachteten oder an den Feindbund abgelieferten Tier betr. (Druckf. Nr. 5), Berichterstatter Abg. Albieh.

3. Begründung und Beantwortung der förmlichen Anfragen a) der Abg. Seubert u. Gen., die Interessensschädigung der badischen Kleinrentner durch das neue Brennweinmonopolegesetz betr. (Druckf. Nr. 71), b) der Abg. Biegelmaier-Oberkirch u. Gen., die Verletzung verfassungsmäßiger Rechte (Beteiligungsfreiheit) durch den Betriebsrat der Firma W. Claus in Offenburg betr. (Druckf. Nr. 66), c) der Abg. Fischer

August Babberger.

Dem Badischen Kunstverein ist es zu danken, wenn gegenwärtig in den Räumen der Badischen Kunsthalle, eine Kollektivausstellung des vor kurzem an die Landeskunstschule berufenen Professors A. Babberger gezeigt wird. Sie gibt Gelegenheit, die Persönlichkeit dieses starken, ursprünglichen und eigenwilligen Künstlers näher kennen zu lernen. Wer dieser hellen und bunten Welt von Bildern unbefangenen und vorurteilslos gegenübertritt, wird in ihr das stark Positive erkennen müssen, die beherrschende Lebensfreude, die aus den leuchtenden Farben, den energischen Linien spricht. Die gesunde Kraft, aus dem Heimatboden gezogen, sowie die starke Ehrlichkeit seines Willens wird auch diejenigen zu überzeugen vermögen, die zunächst durch die Fremdenartigkeit der — der Konvention abgewandten Form — einen Zugang zu dieser Kunst nicht ohne weiteres finden können. Es wäre aber ein gewaltiger Irrtum (oder bewußte Willkür), wollte man in diesem klaren und bewußten Gehaltungen Auswuchs einer willkürlichen Anarchie, oder sensationslüsternen Modefucht sehen. Das gerade Gegenteil will diese Kunst: strenge Architektonik der Farben und Formen; sie ist nicht destruktiv, sondern eher konstruktiv. Ihre Äußerungen — die Werke Babbergers — bilden ohne Frage wichtige Marksteine auf dem Wege zu einer neuen, strengen und getreuen Formgestaltung, die gerade die Zerissenheit mancher Erzeugnisse jüngerer Kunst zu überwinden sucht. Gerade die Zielstrebigkeit und Unbeirrtheit seines klug strebenden Willens machen ihn zum Lehrer einer Kunstschule geeignet. Daß er dem Ruf nach Karlsruhe Folge leistete, wird wohl seinem Zugehörigkeitsgefühl zur badischen Heimat verdankt. Die Worte, die der bekannte Kunstkritiker Dr. J. Napp in Frankfurt anlässlich seines Scheidens schrieb und die wir im nachstehenden zum Ausdruck bringen, geben eine verständnisvolle Einführung in das Wesen der Babbergerschen Kunst.

Am verschwiegene Schloß der Felse heimlich geboren, Wo die Wälder ängstlich mit Duft und himmlischem Rege, Schloß e Wäldchen-Kind in d'm verborgene Stübli heimlich, wohlbehütet. Wo ni hen menschlige Auge Gängelet und geh, ni schon ni Reibdelo si Am christliche Welt und in der silberne Waage; Und sei menschlige Ohr het no si Ohmen erküert, Oder si Stimmlig hört, sie heimlich Lächeln und Briege.

Wäldchen-Kind = Wäldchen.
Gängelet = erblüht.
Briege = Weinen.

So befiugt der Memanne Johann Peter Hebel das liebliche Tal der Wiebe und das traute Dörchen Gaußen, in dem auch August Babberger vor 36 Jahren das Licht der Welt erblickte. Der Duft von Feldern und Wiesen schwebte über der Wiege des Knaben und weckte frühzeitig die Sehnsucht nach den blühenden Wundern der mütterlichen Erde. Und diese Sinnung zu allem, was Heimat und Menschen bindet und zu einer nie versiegenden Kraft schöpferischer Gestaltung wird, hat auch das Schaffen Babbergers geformt.

Als Malergeselle hat der Künstler begonnen, einzig und allein angewiesen auf den Glauben an sich und an ein gnädiges Schicksal, das ihn herausführen sollte, aus der Enge des Tages. Dornenreich und anspruchlos zugleich war der Weg, der in mühseligem Aufstieg, gestützt auf einen entschlossenen Willen, überwunden wurde. Babberger hat die Erfahrungen, die er inmitten eines reinen Dandelebens sammeln durfte, unauslöschlich in seine Seele eingegraben und in späteren Jahren noch zum Ausgangspunkt seiner sonnenumgürteten, von paradiesischen Ohmen erfüllten Landschaften gemacht. Die große Ruhe und Stille, das leidenschaftslose, rein geistige Pathos, das später in Babbergers Werken vielfach einen erregenden Niederschlag gefunden hat, geht offenbar auf die Erfahrungen der Jugend zurück.

Sarte, mit der Geduld einer starken Zuversicht getragene Jahre waren es, die den wandernden Malergesellen nach den Baseler Lehrjahren durch die Schweiz und Süddeutschland führten, bis Thoma in Karlsruhe die ungewöhnliche Begabung des jungen Handwerksburschen erkannte. Kleine Federzeichnungen waren es, von Babberger des Sonntags angefertigt, die er dem hochverehrten Künstler und Menschen zur Kränzung überreichte. Später kamen noch Akademien hinzu, deren Vertrieb Thoma selbst hermittelte. Dem greisen Meister im Verein mit Wilhelm Schäfer verdankte Babberger alsdann ein Rheinlande-Stipendium, das ihn in den Stand setzte, seine Selbsterziehung als Künstler zu vollenden. Durch die stammverwandte Schweiz wanderte Babberger, von der Freude an Licht und Farbe angezogen, nach Florenz, wo er in der Internationalen Galerie eine Freistätte als Schüler fand. Die Zeiten des Sturmes und Dranges durfte er in der klassischen Landschaft des Quattrocento durchleben. In dem gaisfreien Hause des Direktors dieser Kunstakademie war es auch, wo ich vor nunmehr zehn Jahren mit dem ersten Arbeiten Babbergers bekannt wurde. Großartige Kompositionen stilvoller Menschengestalten, Impressionen in Blau und Grün habe ich noch im Gedächtnis, sichtbare Merkmale, daß für die künstlerische Entwicklung Babbergers eine Periode sodler das Entscheidende war. Was ihn zu dem großen

Werner Meister hinzog, war die gleiche Sehnsucht nach Monumentalität, das heiße Verlangen, die feierliche Größe der altchristlichen Fresken wieder erleben zu lassen — Ravenna und die Basilika von San Apollinare Nuovo seien das Ziel aller Wünsche zu sein. Erkanntlich, mit welcher Sorgfalt Babberger damals schon die Farbe zur Trägerin eines bestimmten Stiles zu erheben versuchte. Der Parallelismus sodlers zeichnete den Weg vor, auf dem es Möglichkeiten geben sollte, die Intensität des Gefühlslbens zum besonderen Ausdruck zu bringen. In der scharfen Auseinandersetzung mit dem Berner hat Babberger niemals die geistige Verbindung mit den Dingen der Umwelt verloren, und das wurde zum dauernden Schutz gegenüber dem Verhängnis, das ihm drohte und das die Kunst sodlers über eine große Zahl Schweizer Maler brachte. Mit dem ganzen Aufgebot seiner Kräfte hat der Badenser sich zu wehren gewußt und dem Meister der weißen Harmonie seine eigene Farbe entgegengekehrt.

Die völlige Überwindung des „Ereignisses“, und als solches muß immer das Zusammenstreffen Babbergers mit sodler genannt werden, gelang in Frankfurt, wo sich der Künstler im Jahre 1912 niedergelassen hatte. Hier setzte die Fortbildung ein, die fern von allem Ansetzen und Sprunghaften in enger Anlehnung an die Natur vor sich ging. Aber die Natur wurde nicht nachgeahmt, sondern durch ein neues Lichtgefühl auf die Quellen ihrer Schönheit zurückgeführt. Sie stellte in ihrem Farbenreichtum nur die notwendigen Hilfsmittel, um das Etwas in dem Erleben des Künstlers zu gestalten, und bestimmte die Ausprägung der Form. Der starke seelische Ausdruck dagegen führte zu jener Monumentalität, die in dem Porträt die ganze innere Fülle einer vielseitigen Beobachtungskunst entfüllt. Nicht um die Leichtigkeit des Erkennens ist es Babberger zu tun, sondern um letzte Wahrheit, und so treibt er die Charakteristik der von ihm porträtierten Menschen weiter, als zur Erlangung eines allgemeinen Beifalles nützlich ist. Nicht durch spielerisches Verfehlen in Einzelheiten, nicht durch den Zauber der Linie sucht er das Auge zu bestechen, wohl aber durch die Schönheit der Farbe, die sich in einer eigenartigen Technik von flächenhafter Behandlung dem Monumentaltal der Linie nähert. Und mit welcher einer Freiheit und doch zugleich feinsten Empfinden für Abstufungen bauen sich die Formelemente auf! Sie schweben mit einer Sicherheit in dem Raum, die das Körperliche auch dann noch erkennen ließe, wenn es nicht durch einen leichtlebigen Kontrast besonders betont würde. Die Kunst unserer Zeit verzeichnet nur wenige Talente, die so von Natur aus geschaffen sind, der Entwicklung zur Monumentalität neues Leben einzuflößen. Ein dekorativer Zug in dem Werke Babbergers,

Rechenheim u. Gen., die Verweigerung der Raubtiranenabgabe durch Domänen- und städtische Verwaltungen betr. (Druckf. Nr. 37).

4. Mündliche Berichte des Ausschusses für Gesunde und Besondere und Beratung der Gesunde a) des Präparators M. Opitz in Heidelberg um Rechtshilfe, Berichterstatter Abg. Schneider-Heidelberg; b) des P. Schwärz in Freiburg, um Rechtshilfe, Berichterstatter Abg. Nigler; c) des O. Wirth in Jochenheim, Umwandlung einer Gefängnisstrafe in eine Geldstrafe, Berichterstatter Abg. Schöpffe; d) des Verwaltungsführers J. Hefner (aus Weizen) in Karlsruhe um Strafnachlass, Berichterstatter Abg. Krißbach; e) des J. Mecklinger in Karlsruhe um Strafnachlass für seine Frau, Berichterstatter Abg. Kurz; f) der M. Leutenader in Forstheim um Begnadigung, Berichterstatter Abg. Schöpffe; g) des W. Gehler, Landwirt und Gemeinderat in Malberg um Rechtshilfe, Berichterstatter Abg. Schöpffe; h) des Arbeiters H. Staudt in Oberlauringen, Amt Waldshut, um Unterstützung im Militärentwärtigen, Berichterstatter Abg. Ziegelmeyer-Langenbrunn; i) des Dr. F. Leopold, Kinderarzt in Mannheim, mit Denkschrift, die Ausrottung der Tuberkulose als Volksfeinde und die dringend notwendige Tuberkulosegesetzgebung, Berichterstatter Abg. Schell; k) des Landesverbands der Milchhändlergenossenschaft Wadens, Sitz Karlsruhe, den Abbau der Zwangswirtschaft, hier die Bewirtschaftung der Milch betr., Berichterstatter Abg. Albieß; l) der Handelskammer für die Kreise Heidelberg und Mosbach das Verbot sportlicher Wettspiele an den höchsten Feiertagen betr., Berichterstatter Abg. Schell; m) des J. Müller von Heidelberg die Ausschreitungen einiger Heidelberger Studentenverbindungen betr., Berichterstatter Abg. Albieß; n) des A. Herr in Fautenbach, Balutatschuld durch Viehbezug aus der Schweiz betr., Berichterstatter Abg. Albieß; o) des A. Weber in Fautenbach, Staatsbeihilfe zur Deckung einer Balutatschuld infolge Vieheinfuhrs in der Schweiz betr., Berichterstatter Abg. Albieß; p) des Oberverwaltungssekretärs Otto Gutschick in Mannheim, um Wiederherstellung im inneren Verwaltungsdienst, Berichterstatter Abg. Arnold; q) des Vereins südwestdeutscher Zeitungsverleger Karlsruhe, Befreiung der verkehrsfeindlichen Sonderbefreiung der Anzeigen betr., Berichterstatter Abg. Arnold; r) des Bezirksbauinspektors a. D. R. Ritter in Karlsruhe, Titelverleihung uho. betr., Berichterstatter Abg. Schöpffe; s) des J. Schmidt, Kammergerichtsrat in Forstheim, wegen fortgesetzter Übergang bei Besetzung von Kreisbezirken, Berichterstatter Abg. Krißbach.

Badische landwirtschaftliche Woche.

L.P.D. Gestern vormittag 9 Uhr fand im Festhallsaal die Generalversammlung der Badischen Landwirtschaftsbank e. G. m. b. H. Karlsruhe statt. Die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung für das vergangene Geschäftsjahr wurden genehmigt. Nach dem Jahresbericht stieg der Umsatz von 796 Millionen auf 1358 Millionen. Nach reichlichen Abschreibungen beträgt der Reingewinn 102 875 M., woraus wieder 5 Prozent Dividende wie im Vorjahre an die Mitglieder verteilt werden. Die vollbesetzten Geschäftsanteile der Mitglieder betragen am 31. Dezember 1920 2 145 500 M., die Haftsumme über 8 1/2 Millionen Mark. In der Vorstandssitzung des Vorstandes wurde bemerkt, daß die Sparguthaben auch im Berichtsjahre weiterhin zugenommen haben. Andererseits zeigen die Ausstände bei den Genossenschaften, daß jetzt auch wieder größere Kreditansprüche der Landwirte gemacht werden. Im Berichtsjahre wurden Fiskalen in Donaueschingen und Medesheim errichtet, im laufenden Geschäftsjahre in Willingen und Schwanau. Neu hinzugewählt wurden: in den Vorstand Herr Georg Frech und in den Aufsichtsrat Herr Karl Kühn, Direktor der Genossenschaftsbank in Herr Jakob Kundel-Karlsruhe. Für die Zentralgenossenschaftsstelle in Berlin wählte Direktor Semper der Tagung bei.

Genau 11 Uhr trat im großen Festhallsaal unter dem Vorsitz des stellvertretenden Verbandspräsidenten, Landtagsabgeordneter und Bürgermeisters Max Eggenstein der Verband badischer landwirtschaftlicher Genossenschaften (Sitz Karlsruhe) zu seinem 38. Verbandstage zusammen. Erschienen waren etwa 700 Vertreter der dem Verbande angeschlossenen Genossenschaften, ferner Vertreter der Behörden und befreundeter Korporationen, die von dem Verbandsleiter begrüßt wurden. In seinen weiteren Ausführungen gedachte der Ver-

bandsleiter sich zuweisen nähernd, ließ von vornherein die Regelung für Entwurfs- mit kunstgewerblichem Einschlag erkennen. In Anlehnung an die in Karlsruhe liegenden Prachtvolle Beispiele dieser eigenartigen und für das gewerbliche Leben wertvollen Kunstübung Wabbergers vor.

Am weitesten vorangeschritten in der Entwicklung ist bei Wabberger die Landschaft. Man bewundert heute nicht mehr die tiefen Ausgelassenheit, die in breiten Flächen die Einheit formt, alles erscheint aufgelockert, um dem letzten zeitlichen Ausdruck seine ganz persönliche Ausprägung zu geben. Man ahnt, daß hier eine neue Welt der Erscheinung in der Bildung begriffen ist, die, einem unbewußten Drange folgend, seitliche Dinge dem schwebenden Auge enthüllt. Keinerlei Virtuosität prägt sich in abstrakten Spielereien aus, noch hämmert das Wort in den Schläfen, den Blick für die Wirklichkeiten des Daseins zu trüben, alles ist Flamme, die in der stillen Glut einer Durchgeistigung das Körperliche verbrennt. Darum bestehen die Landschaften Wabbergers im wesentlichen aus Licht und Luft, von der Wärme der Dinge nicht mehr berührt, als zur materiellen Kennzeichnung eines starken Gefühlsinhaltes gehört. Auf dieses widerspenstige Verhalten gegenüber dem Impressionismus, der die Welt gestaltet, wie er sie sieht, muß heute mehr wie je hingewiesen werden. Nicht der Anblick eines Motivs — er erscheint bei Wabberger außerordentlich nebenächlich —, sondern das Lebensgefühl in seinem inneren Zusammenhang mit der Umwelt bestimmt die Konzeption, so das Tieftale zum Ausdruck bringend, das die Seele des Menschen in Schwingungen versetzt. Daher die weißbelle Stimmung, die über den Landschaften Wabbergers liegt und in ihrer ergreifenden Ablehnung aller sinnfälligen Erregungen die Notwendigkeit des Expressionismus für die innere Gestaltung unserer Zeit erweist. Der Künstler ist mit seiner Entwicklung noch nicht zu Ende. Er hat die Türschwelle eines neuen Farbenlandes schon überschritten, und es wird das Schicksal Frankfurts sein, die reifsten Ergebnisse eines Künstlerlebens von starker, persönlicher Bedeutung nur aus der Ferne bewundern zu können.

Die tomische Oper „Casanova“ des jugendlichen Karlsruher Komponisten Arthur Kusterer wird am Sonntag den 2. Mai am Stuttgarter Landestheater über, mit Spannung erwartete Aufführung erleben. Das Werk greift auf die bewährten alten musikalischen Formen zurück, macht sie aber beweglich und lebendig durch modernen Ausdruck und moderne Ausdrucksmittel. Generalmusikdirektor Fritz Busch wird die Kusterersche Oper, deren Textbuch von dem Karlsruher Schriftsteller Anton Kuboldy stammt, selbst aus der Feder führen. In den Hauptpartien sind die hervorragenden Sänger und Darsteller des Württembergischen Landestheaters beschäftigt.

sammlungsleiter des Verbandsvorsitzenden Saenger, der infolge einer schweren Krankheit der Tagung nicht beimohnen konnte.

Für die Regierung wurde die Versammlung von Minister Kemmele begrüßt, der u. a. etwa folgendes ausführte: Ich bin außerordentlich gern hierher gekommen, weil ich der Überzeugung bin, daß die Fühlungnahme der Regierung mit allen Erwerbsständen des Volkes notwendig ist, nicht zuletzt mit dem Bauernstande. Wir müssen, wenn es im Vaterlande aufwärts gehen soll, wieder uns verstehen lernen. Vor zwei Jahren, zu einer Zeit voll Unruhe, wo niemand wußte, was aus Deutschland werde, habe ich zum ersten Male hier gesprochen. Wenn wir prüfen, ob es vorwärts oder rückwärts gegangen ist, muß man sagen: es ist besser gegangen, als man vor zwei Jahren hoffte. Der Drang, aus der Zwangswirtschaft heraus zu kommen, der bei der Landwirtschaft am stärksten ist, ist zu begreifen. Auch hier ist es vorwärts gegangen. Städt und Städt der Zwangswirtschaft konnte beseitigt werden und die letzten Reste sehen wir jetzt geborsten vor uns stehen. Die Männer der Regierung haben das ehrliebe Bedürfnis, diese letzten Reste der Zwangswirtschaft beseitigt zu sehen. (Lebhafte Beifall.) Aber alles zu seiner Zeit. Wir dürfen hoffen, daß in verhältnismäßig kurzer Zeit die letzten Krümmen der Zwangswirtschaft beseitigt sein werden. Dann wird die genossenschaftliche Arbeit noch in viel größerem Maße von Verantwortung sein, sie wird noch größere Leistungen als jetzt übertragen bekommen. In unserer nationalen Wirtschaft ist Raum für jede ehrliche Arbeit, wenn aber die deutsche Volkswirtschaft sich entwickeln soll, müssen auch die kleinen Kräfte zusammengefaßt werden zu einer gemeinsamen Arbeit. Ich wünsche, daß sie ihren Aufgaben in Zukunft ebenso gewachsen sein werden, wie in der Vergangenheit (Beifall).

Für den Reichsverband der landwirtschaftlichen Genossenschaften in Berlin begrüßte Genossenschaftsamt Regierungsrat Dr. Gernies die Versammlung, für die Stadt Karlsruhe Bürgermeister Dr. Fortmann, für die landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft Geh. Regierungsrat Kamm. Weiter waren als Vertreter der Behörden und Korporationen erschienen Herr Adler für die Landwirtschaftskammer, Otonomrat Güder-Freiburg für den landwirtschaftlichen Kreditverband, Geh. Oberregierungsrat Salzer für den badischen landwirtschaftlichen Verein.

Verbandsdirektor Staatsrat Schön erstattete den Jahresbericht für die Zeit von Mitte 1919 bis Ende 1920. Danach bildet der Verband jetzt einen Revisionsverband und hat daneben eine Warenhauptgenossenschaft. Diese hat 432 eintragsfähige Genossenschaften, außerdem liegen Beitrittsanträge von 47 Genossenschaften vor. Die Anteile und die Hoffnungen betragen zusammen 7,8 Millionen Mark. Von den 1002 dem Verbande angeschlossenen Vereinigungen sind eine Anzahl freie Vereine, für die man auch die genossenschaftliche Form wählen sollte. Die vertriebenen Einzelbauern waren wechsellöblich und voller Arbeit. Das Warengeschäft fand noch im Zeichen des Abbaus der Zwangswirtschaft und hat Überwachungen namentlich auf dem Gebiete des Angebots und des Preises gebracht. Das Verhältnis gegenüber den Behörden war erträglich. Die Organisationskämpfe haben damit geendet, daß mit dem Landbunde ein Vertrag abgeschlossen wurde, wonach der Genossenschaftsverband sich auf die rein geschäftliche Tätigkeit beschränkt und der Landbund auf die Wirtschaftspolitik. Der Leitungs des Landbundes gegenüber muß anerkannt werden, daß sie sich bemüht, das Abkommen loyal durchzuführen. Arbeitsgemeinschaften der landwirtschaftlichen Vereine sind in Waldshut und Willingen gegründet worden. Ferner ist eine badische Genossenschaftszentrale gegründet worden, die 1921 mit der Übernahme des Geschäftes des Kreis-austausches in Tätigkeit trat. Zur einheitlichen Gestaltung des Geschäftes wurde eine Vereinigung der badischen landwirtschaftlichen Getreidelagerhäuser gegründet.

Die Mitgliederzahl des Genossenschaftsverbandes hat einen Zugang von 40 und einen Abgang von 3 Genossenschaften gehabt. Die Zahl der Verbandsgenossenschaften und Vereine beträgt 1002, davon sind die meisten (779) Bezugs- und Abgabegenossenschaften. Durch die Revisionsabteilung wurden 1008 Jahresrechnungen der Verbandsvereine und Genossenschaften geprüft. Die Warenvermittlung konnte in der Berichtszeit eine wesentliche Besserung nicht erfahren. Der Gesamtumsatz des Warengeschäftes betrug 74 124 000 M. An den Verkaufsförderungskursen in Rietzenau (Amt Rehl), Karlsruhe, Medesheim, Willingen und Osterburden haben 181 Vereine teilgenommen. Zur Erörterung der Frage, ob die landwirtschaftlichen Blätter verschmolzen werden sollen, wurde ein Ausschuss eingesetzt. Eine solche Verschmelzung, so führte der Redner zum Schluß aus, kann aber nur erfolgen, wenn der Landbund sich frei von Parteipolitik hält. Was wir aber am Dienstag hier zu hören bekamen, war Parteipolitik und unter diesen Umständen kann es keine gemeinsame Presse geben.

Der Jahresbericht wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Die Jahresrechnung erstattete Verbandsdirektor Schön. Danach schließt die Rechnung am 31. Dezember 1920 in Soll und Haben mit je 1 766 253 M. ab. Der Reingewinn betrug 1 703 579 M., der Reingewinn für das zweite Halbjahr 1920 10 389 M. Den Revisionsbericht erstattete Herr Melting-Willingen. Die Rechnung wurde genehmigt. Auf Antrag des Herrn Wilhelm Napp-Weisen wurde der Verbandsleiter Entlastung erteilt.

In der Aussprache wurde verlangt, daß die Hauptversammlungen wechsellöblich in badischen Ober-, Mittel- u. Unterlande stattfinden soll. Eine längere Aussprache entpann sich über die Frage der Zwangswirtschaft, wobei Minister Kemmele die Haltung der Reichsregierung verteidigte. Herr Müller-Willingen brachte verschiedene Wünsche aus dem Gebiete der Versicherung vor. Dann schloß um 2 Uhr Landtagsabgeordneter Red die Tagung.

Die kath. Pfingstkonferenz in Konstanz.

DZ. Die Beratungen der katholischen Pfingstkonferenz in Konstanz wurden gestern zu Ende geführt, nachdem hauptsächlich Referate über katholische und parteipolitische Fragen behandelt worden waren und auch innerpolitische Probleme zur Sprache gekommen waren. In Vertretung des verhinderten Nationalrats Baumberger-Jürich referierte Rechtsanwalt Bauer-Konstanz über „Die jetzige Weltlage und das katholische Volkswort“. Im Anschluß daran gelangte eine mit Beifall angenommene Entschließung Dr. Söfers zur Annahme, in der dem Papste für seine unerümelte Friedensarbeit Dank ausgesprochen wird. Im gleichen Sinne gehaltene Telegramme wurden u. a. auch abgelesen an den Münchener Antinus-Pacelli und den Erzbischof Dr. Karl Fritsch-Freiburg. Ein weiteres Referat lieferte Bundesrat Drexel über „Volkswort und Katholizismus“. Redner beleuchtete den Volkswort nach der religiösen, wirtschaftlichen und politischen Seite. Vor der Mittagspause folgte dann noch ein Referat Dr. Rauch-Freiburg i. Br. über die Eigentumsfrage, beleuchtet vom Standpunkt der Moral.

Nachmittags sprach Reichstagsabgeordneter Hofmann-Ludwigsheim über das christliche Schulideal und forderte, daß die Volksschule gleichberechtigt neben jeder anderen Schule bestehen solle. Der Vortragende sprach sich für die konfessionelle Lehrerbildung aus sowie für ein Pädagogium. Dr. Schöfer wandte sich in der Diskussion gegen die bisherige Pädagog-

heit der Lehrerbildung und verwandte sich für die theologische Weiterbildung der Lehrer. Er appellierte an das gläubige Volk, nicht um einen Zulusohn seine heiligsten Interessen zu verzieren. Am Schluß der Beratungen berichtete Kantonsrat Etter die deutschen Gefinnungsfreunde der tatkräftigsten Unterstützung der Schweizer; die Einheitsfront zur Sicherung der katholischen Jugend dürfe nicht am Rhein haltmachen. Mit Dankesworten des Reichstagsabgeordneten Hofmann-Ludwigsheim an den Präsidenten der Tagung, Landtagspräsidenten Kopf, und an Rechtsanwalt Bauer-Konstanz für ihre hingebungsvolle Tätigkeit schloß die Tagung ab, deren Teilnehmer im Anschluß an die Konferenz der Insel Reichenau noch einen Besuch abstatteten, um auf historischem Boden unter fachmännischer Leitung einen Vortrag über Kultur- und Kunstgeschichte von Reichenau zu hören.

Kurze Nachrichten aus Baden.

Mannheim, 16. Mai. Unter den Städten, die für den Sozialdemokratischen Parteitag im Jahre 1921 in Aussicht genommen waren, befand sich auch Mannheim. Die Mannheimer sozialdem. Parteileitung hat jedoch dem Parteivorstand mitgeteilt, daß infolge des Mangels an Wohnungen und Hotelzimmern die Besucher des Parteitages nicht untergebracht werden könnten. Infolgedessen hat der Vorstand der sog. Partei den Parteitag nach Görlitz einberufen und zwar auf den 18. September.

DZ. Heidelberg, 16. Mai. Die städtischen Sammlungen, die unter der feinfühnigen Leitung des Direktors Lohmeyer eine vollständige Neuordnung erfahren haben, wurden gestern unter dem Namen „Kurfürstliches Museum der Stadt Heidelberg“ neu eröffnet. Der Name ist gut gewählt, denn Heidelberg höchste Blüte stand in der Zeit, wo Heidelberg der Hauptstadt der Kurpfalz war und gerade aus dieser Zeit stammen auch der größte Teil des Materials, das uns jene Zeit der reichen Geschichte Heidelbergs vergegenwärtigt. Bedauerlich ist, daß die Räumlichkeiten nicht ausreichen, um all die reichen Schätze in planvoller Ordnung aufzustellen, und so noch manches kostbare Material in Lagerräumen zurückgehalten werden muß.

Karlsruhe, 15. Mai. Das „Kastätter Tagblatt“ veröffentlicht einen Brief eines jungen Kastatters, der am 17. März d. J. die Ausfahrt des ersten deutschen Passagierdampfers als Betriebsbedienter mitemachte. Der Brief dürfte in weiten Kreisen unseres Volkes Interesse erregen. Es heißt dort u. a.: „Daß unser Dampfer in jeder Beziehung konkurrenzfähig ist, brauche ich nicht besonders zu betonen. Wir hatten ein volles Haus und unser Schiff ist für weitere drei Reisen ausverkauft. Überall, besonders in Spanien, wurden wir mit einem unbeschreiblichen Jubel begrüßt. Es wurden in dem Hafen große Feste veranstaltet, Neben gehalten, in denen die Bevölkerung für Deutschland stets zum Ausdruck kam. Ganz besonders feierlich und rührend war unser Empfang in Swatop und Lüderichsbucht, Städte unserer ehemaligen Kolonie Südwestafrika. Aus dem tiefsten Innern Afrikas kamen deutsche Farmer mit ihren Angehörigen, um den ersten deutschen Dampfer zu begrüßen. Bei unserer Ankunft und Abfahrt läuteten eine Stunde lang die Glocken deutscher Kirchen. Vor Abfahrt von Swatop und gingen wir bei Beginn der Dunkelheit nochmals auf Reede vor Anker und brannten zu Ehren unserer deutschen Afrikaner ein riesiges Feuerwerk am Bord ab. Ich kann die Szenen, wie sie sich in Wirklichkeit abspielten, auch nicht einigermaßen wiedergeben, so etwas muß man selbst erlebt haben.“

L. Säckingen, 17. Mai. Im katholischen Vereinshaus hielt Reichstagsabgeordneter Erzberger einen Vortrag über die politische Lage. Der Redner führte aus: Die fruchtlose Tätigkeit des Außenministers Dr. Simons habe dem deutschen Volke eine weitere Last von 15 Milliarden aufgebürdet. Die Männer, die durch Annahme des Londoner Ultimatus Deutschland vor weiteren großen Schädigungen bewahrt hätten, verdienten davon. Zur Erfüllung der Bedingungen des Ultimatus sei die Aburteilung der Kriegsverbrecher und die Enttarnung Bayerns notwendig. Als Grundpfeiler des Wieder-auflebens des deutschen Wirtschafts- und Staatslebens sei die Befestigung des deutschen Nationalbewußtseins und des Zusammengehörigkeitsgefühls aller deutschen Stämme notwendig. — Nachmittags sprach Erzberger in Waldshut.

Aus der Landeshauptstadt.

* Aus Amerika zurück. Am Donnerstag, den 19. Mai berichtete Dr. Colin Ross, der Südamerika nach dem Kriege zu Informationszwecken bereist hatte, über seine Erfahrungen und Beobachtungen in Argentinien, Chile und Brasilien einem zahlreichen Hörerkreis im Saale der „Eintracht“. Er sprach nicht nur von Land und Leuten, sondern gab auch recht anschauliche Bilder über die politischen und sozialen Verhältnisse der Wirtschaft, und industriellen Möglichkeiten sowie die Aussichten für Einwanderer. Wirtschaftlich ist Südamerika eigentlich in keiner anderen Lage als Europa. Der vor dem Kriege herrschende Rohstoffmangel ist heute einer Überfülle gewichen, die katastrophal zu werden droht, da alle Magazine von Getreide, Wolle trocken. Europa aber ist nicht kaufkräftig. Die Balutatschwierigkeiten zwangen die Einwanderer, ihre Mittel vielfach in Form von Fertigfabrikaten einzuführen und so konnte es geschehen, daß auch in manchen dieser Artikel, z. B. Aluminiumgeschirre, ein überaus starkes Angebot herrschte. Obwohl Argentinien mit seinen wenigen Millionen Einwohnern ein fast leeres Land ist, befindet sich der Grund und Boden nahezu ganz in fremden Händen und ist nur aus Privat-hand zu kaufen. Ländliche Betriebe von 60–70 000 Stück Vieh gelten dort als mittelgroßer Besitz. Die Nachrichten auf kurze Zeit sind an der Tagesordnung und wenn nach deren Ablauf der Pächter notgedrungen weiter zieht, ist das vorher unbestellte Land im Werte um das Vielfache gestiegen. Der Einwanderer muß sich überhaupt auf ganz primitive Verhältnisse einstellen. Was vorhanden ist, nichts als Möglichkeiten und der Weg zu einem mäßigen Wohlstand ist von einer geradezu barbarischen Härte. Auch hier haben sich die politischen Verhältnisse seit der Vorkriegszeit wesentlich geändert. Die auch nach dem Kriege aufrecht erhaltene Nachrichtenperre für uns Unterlegene hat es verhindert, daß uns Kunde wurde von der südamerikanischen Umwälzung, die radikale Elemente zu Macht brachten, nachdem bisher in diesen Republiken eine dünne Oberschicht geherrscht. Volkswirtschaftliche Ansichten scheinen hier Verbreitung zu finden. Trotz der beträchtlichen französischen Kulturinflüsse und des mächtigen englischen Handels kann festgestellt werden, daß in Südamerika ein starkes Sympathiegefühl für das nun republikanische Deutschland besteht und die Klage, daß wir ohne Freunde seien, ist in bezug auf Südamerika durchaus nicht berechtigt. Die Erinnerung an die Qualität der deutschen Waren und an die Kulanz des deutschen Kaufmanns ist nicht geschwunden. Man neigt dort in weiten Kreisen zu der Anschauung, daß uns Unrecht geschehen durch den Versailler Frieden. Vorzügliche kolorierte Lichtbilder führten die Hörer durch Argentinien, Chile und Brasilien, so daß er die Natur Schönheiten bewundern konnte und viele Ansiedlungen und Industrieanlagen sowie die Bevölkerung und ihre Lebensweise kennen lernte.

• Todesfall. Wenige Tage nach der Feier seines 75. Geburtstags ist Herr Oberbaurat Karl Philipp Kircher, der frühere Direktor des Staatstechnikums (früher Baugewerkschule) benannt) gestorben. Herr Oberbaurat Kircher stammte aus Wiesloch und war im Jahre 1872 als Baupraktikant in den badischen Staatsdienst eingetreten. Sechs Jahre darauf wurde er zum Professor und fünf Jahre darnach zum Direktor der Baugewerkschule ernannt, an deren Spitze er bis zu der vor wenigen Jahren erfolgten Zerschlagung verblieb. Der Entschlafene, dessen Verdienste um das technische Unterrichts- wesen Badens unvergessen bleiben werden, war längere Zeit auch Konservator der öffentlichen Baudenkmale, Mitglied der Ministerialkommission für das Hochbauwesen und des Landes- gerichtsbeamtens.

Landestheater. In der heute stattfindenden Aufführung von Adams „Postillon von Lonjumeau“ singt die Madeline Frau Irene Eden vom Nationaltheater in Mannheim. Ganz besonders wird noch auf die hierauf folgenden Tangbilder hingewiesen, die von der Balletmeisterin Fräulein Fanny Bourgeau vom Stadttheater in Warmen gastweise einstudiert wurden. Neben einem „Arabischen Tanz“ von Grieg, dem Blumen- geflüster von Fräulein von Blon, einer Gavotte von Gluck, „Wein, Weib und Gesang“ von Joh. Strauß, worin das gesamte Balletpersonal beschäftigt ist, wird sich Fräulein Bourgeau dem Publikum in 2 Solonummern vorstellen. In der für Dienst- tag, den 24. d. Mts. festgesetzten Vorstellung von Puccinis „Bohème“ ist neben der bereits bekanntgegebenen Besetzung noch Herr Malv-Motta als Marcel zu nennen.

Badische Gemeindeschau.

Badischer Gemeindeverband.

Der geschäftsführende Ausschuss des Badischen Gemeindeverbandes hielt am 11. Mai 1921 in Karlsruhe eine Sitzung ab. Über das Ergebnis der Beratungen geht uns der folgende Bericht zu:

1. Die Satzungen der Badenia, Versicherungsverein badischer Gemeinden gegen Feuergefahren werden in einigen Punkten geändert. Der Rechenschaftsbericht für 1920, der nicht ungünstig ist, wird bekannt gegeben. Diejenigen Gemeinden, welche ihre Zahlungen bei der Badenia versichert haben, sollen zur Erhöhung der Versicherungssummen und die übrigen zum Beitritt veranlaßt werden.
2. Die vom Zentralverband neu aufgestellte Besoldungs- ordnung für die Gemeindebeamten wird, soweit die Land- gemeinden in Betracht kommen, genehmigt.
3. Die von den verschiedenen Wahlmännern für Männer und Frauen bei Wahlen wird für möglich gehalten, wenngleich Bedenken darüber bestehen können, ob nicht durch eine Wahlbeeinflussung eintritt.
4. Der Ausschuss nimmt von dem gegenwärtigen Stand der Verhandlungen bezüglich des Verteilungsgesetzes und des Er- tragssteuergesetzes Kenntnis, indem er hofft, daß der Landtag das erforderliche Verständnis für die Notlage der Gemeinden zeigt und in bezug auf die Schullastverteilung, Einkommen- steuerverteilung und Festsetzung der gemeindlichen Er- tragssteuern den Anträgen des Gemeindeverbandes ent- spricht.
5. Der Ausschuss nimmt mit Befriedigung davon Kennt-

nis, daß den einzelnen Gemeinden alsbald der gesamte An- teil an der Einkommensteuer zugewiesen wird. Bekanntlich sind die Gemeinden dadurch, daß das Reich mit der Abtref- fungen in Rücksicht war, sehr in Verlegenheit gekommen.

6. Die reichsrechtliche Regelung der Entschädigungsfrage für den Wegfall des Rechts der Besteuerung des Mindest- einkommens in der Weise, daß jene Gemeinden, welche den Bei- zug des Mindesteinkommens für 1921/22 vor dem 31. März 1921 beschlossen haben, weitere 5 Prozent aus dem Ertrag der örtlichen Umsatzsteuer erhalten sollen, ist nicht befriedigend, einmal weil die Entschädigung an sich zu niedrig ist und keines- falls einen genügenden Ersatz bildet, dann aber auch deshalb, weil sie nicht allen Gemeinden gewährt wird. Die Ange- legenheit wird weiter verfolgt.

7. Das Gesetz über die allgemeine Fortbildungsschule von 1918 soll auf Ostern 1922 in Kraft treten. Mit Rücksicht auf die finanziellen Schwierigkeiten der Gemeinden, welche durch das Gesetz sehr schwer belastet werden, wird beantragt, die Aufbauseitigen zur Errichtung von Fortbildungsschulen wäh- rend der nächsten Jahre in eine Sollvorschrift umzuwandeln. Der Ausschuss verkennt dabei aber keineswegs die dringende Notwendigkeit einer besseren und gründlichen Schulausbil- dung für unsere Jugend.

8. Der Antrag auf Entschädigung für Arbeitsleistungen und Auslagen anlässlich der Landwirtschaftskammerwahlen wird gutgeheißen.

9. Eine Wänderung der gesetzlichen Bestimmungen bezüg- lich der Schulgüter (§ 84 Schulges.) wird für notwendig er- achtet.

10. Die jetzige Art, die Steuererklärungen schriftlich beim Finanzamt abzugeben, findet sehr wenig Anklang, weil sie zu umständlich, zu zeitraubend und zu kostspielig ist. Es wird deshalb beantragt, daß in Zukunft wieder wie früher ein Finanzbeamter in die einzelnen Ortschaften, zur Entgegen- nahme der Steuererklärungen kommt, damit sich die Land- leute nicht mehr mit den umständlichen Fragebogen ab- mühen oder den weiten Weg zum Finanzamt machen müssen.

11. Eine Erweiterung der Strafbefugnis der Bürgermeister ist vor einiger Zeit schon beantragt worden. Da bis jetzt keine Entschädigung getroffen worden ist, soll der Verband er- neut vorstellig werden.

12. Die Tariffähigkeit für die Armenpflegekosten sind viel zu niedrig. Damit die Gemeinden die Auslagen von den end- gültig unterstützungspflichtigen Armenverbänden voll ersetzt erhalten, ist eine Tarifierhöhung zu beantragen.

13. Die Landgemeinden werden in neuester Zeit wieder zu sehr von umherziehenden Händlern, Schaustellungen, Kino- unternehmungen usw. aufgesucht. Das Ministerium des Innern ist deshalb zu ersuchen, die Bezirksämter zur Ein- schränkung der amtlichen Ausdehnungen bzw. zur eingehen- den Prüfung der Bedürfnisfrage vor deren Erteilung anzu- weisen.

14. Der Ausschuss nimmt von dem neuesten Stand der Ge- setzesvorlage bezüglich der Gemeindeordnung Kenntnis.

15. Der neueste Entwurf des Fürsorgegesetzes für Ge- meinde- und Körperschaftsbeamte entspricht den Bedürfnissen nicht. Beim Landtag sollen nochmals die entsprechenden An- träge gestellt werden.

16. Die Bestimmung im Umsatzsteuergesetz, wonach Zilla- betriebe am Hauptort zur Umsatzsteuer herangezogen werden, bedeutet eine empfindliche Schädigung der Landgemeinden. Eine Änderung des Gesetzes ist zu beantragen.

17. Die Absicht, Baden, Württemberg, die Rheinpfalz und Südbaden zu einem Bezirkswirtschaftsverband zusammenzu- schließen wird geprüft.

18. Der Neuregelung der Gebühren für Gerichtsvollzieher wird zugestimmt.

19. Eine Änderung des Gesetzes über die Befreiung des Vorkaufrechts von Gemeindegeldern vom 18. Dezember 1867 wird für erforderlich erachtet.

Staatsanzeiger.

Das Staatsministerium hat mit Entschädigung vom 7. Mai d. J. den Regierungsrat Dr. Jakob Waber im Ministerium des Innern zum Polizeidirektor in Mannheim ernannt. (Aus Nr. 112 wegen Druckfehlers wiederholt.)

Der Herr Reichspräsident hat dem Maschineninspektor Otto Wegger in Bruchsal die nachgesuchte Entlassung aus dem Reichsdienste erteilt.

Das Ministerium des Innern hat den Oberrevisor Karl Gurrle z. B. im Dienst der Stadtgemeinde Karlsruhe, auf sein Ansuchen aus dem staatlichen Dienst entlassen.

Die Festsetzung der Ortslöhne nach der Reichsversicherung betr. Der Ortslohn (der ortsübliche Tagesentgelt gewöhnlicher Tag- arbeiter) wurde gemäß §§ 149, 151 R.V.D. mit Wirkung vom 1. Juli 1921 an wie folgt festgesetzt:

Für den Bezirk des	für männliche Personen			für weibliche Personen		
	unter 14 Jahren	14 bis 16 Jahren	über 16 Jahren	unter 14 Jahren	14 bis 16 Jahren	über 16 Jahren
Donndorf	4,-	6,-	10,-	3,-	5,-	9,-
Donaufschingen	4,-	6,-	10,-	3,-	5,-	9,-
Engen	4,-	6,-	10,-	3,-	5,-	9,-
Konstanz	4,-	6,-	10,-	3,-	5,-	9,-
a) Konstanz mit Boll- matingen, Radolfzell, Singen a. S., Arien, Nielafingen, Gottma- dingen	5,-	9,-	12,-	4,-	8,-	10,-
b) die übrigen Gemeinden	4,-	6,-	10,-	3,-	5,-	9,-
Rehlfeld	3,-	5,-	7,-	2,30	3,60	5,-
Spullendorf	3,-	5,-	7,-	2,30	3,60	5,-
Säckingen	4,-	7,-	12,-	3,-	6,-	10,-
St. Blasien	4,-	7,-	12,-	3,-	6,-	10,-
Stodach	3,-	5,-	8,-	2,-	4,-	7,-
Triberg	4,-	7,-	12,-	3,-	6,-	10,-
Willingen	4,-	7,-	12,-	3,-	6,-	10,-
Waldshut	4,-	6,-	10,-	3,-	5,-	9,-

Konstanz, 28. April 1921.

Bad. Oberversicherungsamt:
Dr. Renner.

Badisches Landestheater.

Samstag, den 21. Mai, 7 bis geg. 10 Uhr. Mk. 12.—

Edelwild.

Im Landestheater. So. 22.: Tannhäuser. 5. (20.00.) — Die 24.: Die Bohème. 7. (17.00.) — Mi. 25.: Schülermiete-Vorstellung B. 5: Maria Stuart. 6. (12.00.) — Do. 26.: Mignon. 6. (20.00.) — Fr. 27.: Iphigenie auf Tauris. (Oper.) 7. (17.00.) — Sa. 28.: Russischer Komödienabend. Zum ersten Mal. Die Spieler. Komödie in einem Akt von Nikolaj Gogol. Deutsch von August Scholz. Zum ersten Mal. Die Kulissen der Seele. Monodrama von Nikolaj Nikolajewitsch Ewreinoff. Deutsch von Franz Theodor Csokor. Zum ersten Mal. Der Heiratsantrag. Grotteske in 1 Akt von Anton Tschekow. Deutsch von August Scholz. 7. (12.00.) — So. 29.: Die tote Stadt. 6. (20.00.) — Mi. 1. Juni: Volksbühne O. 2. Der Wildschütz. 7. (17.00.)

Im Konzerthaus. So. 22.: Willi's Frau. 7. (11.00.) — Die 24. Volksbühne P. 3. Emilia Galotti. 7. — Do. 26.: Der neue Papa. 7. (11.00.) — Fr. 27.: Volksbühne P. 4. Emilia Galotti. 7. — So. 29.: Zwangseinquartierung. 7. (11.00.)

In der Festhalle. Mo. 30. Volksbühne K. 6. Volkstümliches Konzert. 7½.
Umtausch der Vorzugskarten und Vorkaufrecht der Inhaber von Vorzugskarten am Samstag, den 21., nachm. ½4—5 Uhr, allgemeiner Verkauf von Montag, den 23. an.

Betr. Wohnungsmangel u. Mieterschutz

Soeben erschien:

Die für Baden gültigen Vorschriften über Einigungsämter, Schutz der Mieter, Maßnahmen gegen Wohnungsmangel.

Zusammengestellt im
Badischen Arbeitsministerium.

Preis 10.— Mark.

G. Braunsche Hofbuchdruckerei
und Verlag, Karlsruhe in Baden
Karlsruherstraße 14.

E. Büchle Wandbilderschmuck

Kunsthändler und Rahmenfabrik 3842
Karlsruhe, Kaiserstr. 128 u. Karlstraße
Inh.: W. Bertsch :: Bildereinrahmungen

Für Spezialaltgezeugenes Rohr und Stahlpan-
zerrohre werden eingeführt
Fachvertreter R. 238
für Baden und Württemberg gesucht.
Röhren-Verkauf = Contor G. m. b. H.
Düsseldorf, Grunerstraße 34.
Telephon 2311 u. 14731 Telegammadr. Rohrver.

Kassenschrift R. 240
zu verkaufen bei
Käfersberg
Carl P. Herrmann & Co.
Baden-Baden.

Bürgerl. Rechtspflege

a. Streitige Gerichtsbarkeit.
R. 314.2. Karlsruhe.
Der Hochbauwerkmeister
Karl Pfeifferle in Karls-
ruhe, Lessingstraße 51,
Prozessbevollmächtigter:
Rechtsanwalt Böhmski
hier, klagt gegen seine
Ehefrau Luise geb. Wör-
ner, früher zu Karlsruhe,
jetzt an unbekanntem Or-
ten, auf Grund der §§
1333, 1334 BGB. füsion-
lich auf Grund des § 1568
BGB. mit dem Antrage:
Die am 11. Dezember
1920 zu Karlsruhe ge-
schlossene Ehe der Streit-
teile wird aus Verschul-
den der Beklagten für ge-
schieden erklärt.
Der Kläger ladet die
Beklagte zur mündlichen
Verhandlung des Rechts-
streits vor die 4. Zivil-
kammer des Landgerichts
zu Karlsruhe auf Mitt-
woch, den 13. Juni 1921,
vormittags 9 Uhr, mit
der Aufforderung, einen
bei dem gebachten Gerichte
zugelassenen Anwalt
zu bestellen.
Zum Zwecke der öffent-
lichen Zustellung wird
dieser Auszug der Klage
bekannt gemacht.
Karlsruhe, 12. Mai 1921.
Der Gerichtsschreiber des
Landgerichts.

b. Zwangsvergleich.
R. 339. Baden: Das Kon-
kursverfahren über das
Vermögen des Kauf-
manns Max Bauer in
Frankfurt a. M. wird auf
Grund rechtskräftigen
Zwangsvergleichs aufge-
hoben.
Baden, 17. Mai 1921.
Der Gerichtsschreiber des
Bad. Amtsgerichts.
R. 304. Wolsch. In dem
Konkursverfahren über
den Nachlaß des Wilhelm
Bähler von Schiltach ist
Termin zur Abnahme der
Schlußrechnung und zur
Erhebung von Einwen-
dungen gegen das Schluß-
verzeichnis bestimmt auf
Mittwoch, 22. Juni 1921,
vormittags 10 Uhr,
vor dem Amtsgericht hier,
Zimmer 4.
Die Gebühren u. Aus-
lagen des Konkursverwal-
ters wurden auf 415 M.
90 Pf. festgesetzt.
Wolsch, 14. Mai 1921.
Der Gerichtsschreiber des
Amtsgerichts.
R. 305. Schwellingen. Die
unterm 25. 9. 1907 aus-
gesprochene Entmündigung
des Georg Gund III.,
Landwirt hier, wird wie-
der aufgehoben.
Schwellingen,
den 10. Mai 1921.
Amtsgericht 1.

**verschiedene
Bekanntmachungen.**
Brennholzversteigerung
des Forstamts Buchenfeld
am Mittwoch, den 25. Mai
d. J., früh 9½ Uhr im
Gasthaus zum Hirsch in
Steinegg. Aus Domä-

nenwaldsdistrikt V, Würm-
halde, Abl. 3 „Böfloh-
röh“, 6 „Kienleslinge“, 7
„Kopfröh“, und 9 „Doll-
bronnerecklinge“: 583 Eier
Lugene, 7 Eier tannene
Echeter und Krügel und
27 Eier buegane Reispügel.
Die Forstamts Kom-
mer in Hamberg u. Wäler
in Schellbronn zeigen das
Sollz vor. R. 318
Augeholverkauf des bad.
Forstamts Wendlingen in
Freiburg, freihändig ge-
gen Einreichung von An-
geboten bis längstens 7.
Juni d. J. Aus Staats-
wald „Kesselmere“ (Waldbü-
ter Friedl in Dien-
gen): 23 Fhm. Eichen II.
bis V, 46 Fhm. Eichen
III.—VI., 4 Fhm. Gains-
buchen IV. u. V., 3 Fhm.
Birken IV. u. V., 3 Fhm.
Erlen IV. u. V., 0,5 Fhm.
Kleien V.; aus Staats-
wald Mairwald (Waldbü-
ter Germain in Bollshöf-
gen): 23 Fhm. Tannenstämme
u. abchnitte aller Klas-
sen, 4 Fhm. Eichen IV.
u. V., 2 Fhm. Buchen
IV., 3,50 Fhm. Forlen-
abchnitte I.—III.; aus
Staatswald St. Ulrich
Wald (Waldbüter Rann,
St. Ulrich): 295 Fhm.
Tannenstämme und ab-
chnitte aller Klassen, 21
Fhm. Buchen II.—IV. u.
39 Eier Fichtenpapier-
holz I. Losverzeichnis
durch das Forstamt.

Hochbauarbeiten für den
Nachdruck an der West-
seite der Revisionswer-
stätte in der Hauptwer-
stätte Karlsruhe nach Fi-
nanzministerialverordnung
vom 3. Januar 1907 zu be-
geben. Grab- und Maurer-,
Zimmer-, Kleiner-, Dach-
decker-, Verputz-,
Glaser-, Schreiner-,
Schloffer- und Antreiber-
arbeiten. Pläne und Be-
dingnisheft auf unserem
Hochbaubüro, Zimmer 117
4. Stock, Eisenbahngene-
raldirektion Friedrichsplatz
Nr. 13 von 8—12 Uhr
vormittags zur Einsicht.
Dort auch Abgabe der An-
gebotsvordrucke. Kein Ver-
band nach auswärts. An-
gebote verschlossen und
mit der nötigen Aufschrift
bis längstens 30. Mai
1921, 10 Uhr vormittags,
an die unterzeichnete
Stelle einzureichen. Zu-
schlagsfrist 3 Wochen.
Karlsruhe, 11. Mai 1921.
Hochbaubüro der Eisen-
bahngeneraldirektion.

**Bad. Pinnengüter-
tarif und Deutsche
Wahlgütertarife.**
Mit Wirkung vom 20.
Juni 1921 ab werden die
im Abschnitt „D. Ortsliche
Bestimmungen“ des badi-
schen Pinnengütertarifes
unter Piffer 4 und 6 in
Markhöhe festgesetz-
ten Gebühren, das sind
die Bahnhöfgebühren, Ab-
fuhr-, Stell- und Umstell-
gebühren sowie die Ge-
bühren für besondere Ver-
schleißleistungen um 50
pro Hundert erhöht.
Karlsruhe, 19. Mai 1921.
Eisenbahn-General-
direktion.

**Bad. Personentarif,
Heft A.**
Mit Gültigkeit vom 1.
Juni 1921 ertheilt der
Nachtrag X, durch den
die auf den gleichen Zeit-
punkt eintretenden Tarif-

erhöhungen durchgeführt
werden. R. 317

Der Nachtrag enthält
ferner geänderte und
neue Tarifbestimmungen
über die Ausgabe von
Monatskarten, Wochen-
karten, Schülermonats-
karten, Schülermonats-
karten und Schülerrückfahr-
karten.

Monatskarten 1. Klasse
werden ab 1. Juni 1921
nicht mehr ausgegeben.
Die Monatskarten für alle
Züge fallen weg. Bei Ver-
mehrung von Schnellzügen
mit Monatskarten ist
künftig jeweils der tarif-
mäßige Schnellzugzuschlag
zu entrichten.

Die allgemeinen Schü-
lerkarten und die Schü-
lerkarten für 20 Fahrten
werden durch Schülermonats-
karten, gültig für den
Kalenbermonat, u. durch
Schülerrückfahrkarten für
Schüler, die am auswär-
tigen Schulort wohnen u.
über Sonn- und Festtage
das Elternhaus besuchen
wollen, ersetzt.

Die Wadefarten nach
Weißach werden aufge-
hoben.

Die in dem Nachtrag
enthaltenen besonderen
Ausführungsbestimmun-
gen sind gemäß § 2 der
Eisenbahnverkehrsordnung
genehmigt.
Karlsruhe, 27. April 1921.
Eisenbahn-General-
direktion.

Am 1. Juni d. J. tritt
zum Vinentarif der Re-
isenbahn Wädmiß-Börz-
bach der Nachtrag 10 in
Kraft. Neben Änderungen
der Bestimmungen über
die Ausgabe von Wochen-
karten und Schülerarten
enthält der Nachtrag Tarif-
erhöhungen im Personen-
verkehr und Änderungen
von Nebengebühren im
Tierverkehr. Nähere Aus-
kunft erteilt die Unter-
zeichnete. Das alsbaldige
Zinkastrieten der Tarif-
erhöhungen gründet sich
auf die vorübergehende
Änderung des § 6 der Eisen-
bahnverkehrsordnung.
Berlin, den 18. Mai 1921.
Deutsche Eisenbahn-Ver-
triebs-Gesellschaft Aktien-
gesellschaft.